



# Plenartagung

## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. bis 7. Juli 2011

### Lebensmittelverpackungen: Abstimmung über neue und klarere Regeln zur Kennzeichnung ..... 5

Der Energiegehalt sowie die Mengen an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz müssen in Zukunft deutlich sichtbar auf Lebensmittelverpackungen angegeben werden, sollte das Parlament nächsten Mittwoch einem Kompromisstext zur neuen Lebensmittelkennzeichnung zustimmen. Durch die neuen Regeln soll der Verbraucher besser informiert werden, und somit gesündere Entscheidungen beim Kauf von Lebensmitteln treffen können.

### Parlament entscheidet über Derivate, Leerverkäufe und Anlegerentschädigungssysteme..... 6

Die Abgeordneten werden am Dienstag über drei Regulierungsvorschläge zum Handel mit Derivaten und zu Leerverkäufen sowie über eine Erhöhung der garantierten Entschädigung von Anlegern bei Betrug auf 100.000 Euro abstimmen. Die Unterstützung des Parlaments für die Vorschläge der Berichterstatter würde deren Rolle in den bevorstehenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten stärken.

### Mitgliedstaaten sollen Anbau von GVO einschränken oder verbieten dürfen ..... 7

Die EU-Mitgliedsländer sollen das Recht haben, den Anbau genetisch veränderter Organismen (GVO) einzuschränken oder zu untersagen, so ein Gesetzesvorschlag, der dem EP zur Abstimmung vorliegt. Die Abgeordneten werden am Dienstag darüber entscheiden, ob sie der Empfehlung des Umweltausschusses folgen, der ein Verbot bzw. eine Einschränkung des Anbaus auch aus Umwelterwägungen vorgeschlagen hat, was laut dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag nicht möglich wäre.

### Schlupflöcher für Verkehrssünder grenzüberschreitend schließen..... 8

Wer sich schwere Regelverstöße wie Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol am Steuer oder Überfahren einer roten Ampel in einem anderen EU-Mitgliedsland zuschulde kommen lässt, soll nicht länger ungestraft davon kommen. Die Abgeordneten verabschieden nächsten Mittwoch ein neues Gesetz zur verstärkten Zusammenarbeit der nationalen Straßenaufsichtsbehörden.

### Europawahl: EU-weite Listen für 25 Kandidaten?..... 9

Um die demokratische Legitimität des Europäischen Parlaments zu stärken, sollen Wähler ab 2014 zwei Stimmen erhalten: eine für EU-weite Kandidatenlisten und die andere für nationale Kandidaten. Über einen entsprechenden Vorschlag wird am Donnerstag im Plenum abgestimmt. Eine EU-weite Liste würde zusätzliche 25 Abgeordnete stellen, womit die Gesamtzahl auf 776 stiege.

### Förderung der Regionen: Die Schaffung einer Zwischenkategorie teilt das Parlament..... 10

Das Streben nach wirtschaftlichem, sozialen und territorialen Zusammenhalt durch Investitionen, die von der EU mitfinanziert werden, ist eine Erfolgsstory, die mehr denn je von der EU fortgeschrieben werden müsse, meint Markus Pieper (EVP, DE), Autor einer Entschließung zur „Strategie der Kohäsionspolitik nach 2013“. Das Parlament wird über notwendige Korrekturen für mehr Transparenz und Maximierung der Investitionen abstimmen.

### Nach Ungarn erhält nun Polen die Ratspräsidentschaft der EU ..... 11



# Plenartagung

Am Mittwochmorgen wird Ministerpräsident Donald Tusk Polens Prioritäten im Bezug auf die anstehende Ratspräsidentschaft darstellen. Schwerpunkt der polnischen Ratspräsidentschaft ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU und der politischen Kraft der Gemeinschaft. Ministerpräsident Orbán wird am Dienstag eine Bewertung der ungarischen Ratspräsidentschaft der EU vornehmen.

## Parlamentsdebatte über Finanzvorschau 2014-2020..... 12

Die Fraktionschefs werden über den jüngsten Vorschlag der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen und ein neues System von Eigenmitteln diskutieren. Kommissionspräsident Barroso und der für Haushaltsfragen zuständige Kommissar Lewandowski werden sich am Dienstag, den 5. Juli, ab 15 Uhr der Debatte im Plenum stellen. Der Konferenz der Präsidenten des Parlaments wurde der Vorschlag am frühen Abend des 29. Juni vorgestellt.

## Voraussichtliche Rückzahlung von 923 Mio. € an Deutschland und 104 Mio. € an Österreich..... 13

Das Parlament wird am Dienstag über einen Vorschlag zur Senkung des deutschen sowie österreichischen Beitrags zum diesjährigen Haushalt um 923 Mio. bzw. 104 Mio. € abstimmen. Die an alle Mitgliedsstaaten zurückzuzahlende Gesamtsumme beträgt 4,54 Mrd. €. Dieses Geld ist der Überschuss des Geschäftsjahres 2010. Davon sind 2,72 Mrd. € Überschüsse aus Programmen, die in 2010 umgesetzt wurden. Der Rest setzt sich aus Geldstrafen, Verzugszinsen und Überschüssen aus Wechselkursänderungen zusammen.

## Fluggastdaten: Stand der Verhandlungen mit Australien, Kanada und USA..... 14

Die Kommission wird über den Stand der Verhandlungen mit Australien, den USA und Kanada bezüglich der Weitergabe von Fluggastdaten berichten. Fragen der Abgeordneten beziehen sich auf den Fortschritt der Verhandlungen zwischen der EU und den USA sowie die Konsequenzen, die die Kommission aus der Stellungnahme des eigenen juristischen Dienstes zieht. In dieser wird die Rechtmäßigkeit eines Vertragsentwurfs mit den USA in Frage gestellt, der im Mai an die Presse durchsickerte.

## Arabischer Frühling: Diskussion über Entwicklungen in Syrien, Nordafrika und im Jemen..... 15

Die sich verschlechternde Situation im Jemen, in Syrien und Bahrain sowie in der arabischen Region und in Nordafrika sind Schlüsselthemen einer Diskussion mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Die Hohe Vertreterin Ashton wird zudem Auskunft über die Situation in Berg-Karabach und über die Vorbereitungen der Russischen Wahlen im Dezember geben. Über entsprechende Resolutionen wird am Donnerstag abgestimmt.

## "Mehr Europa" im Kampf gegen die Krise, fordert der EP-Sonderausschuss..... 16

Politische Entscheidungen und Investitionen zugunsten grenzüberschreitender Projekte im Energie- und Verkehrsbereich von nationaler auf EU-Ebene zu übertragen, würde substantielle Einsparungen und einen rentableren Einsatz der Mittel bewirken. Zudem könnten damit dringend notwendige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der EU gesetzt werden, heißt es im Schlussbericht des parlamentarischen Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS).

## Strenge Sicherheitsvorkehrungen für "Nacktscanner" an Flughäfen..... 17

Der Schutz der Gesundheit von Fluggästen, deren Würde und Privatsphäre stehen über dem Einsatz von Ganzkörperscannern an EU-Flughäfen, so ein Entschließungsentwurf. Eine Folgenabschätzung solle zeigen, dass es keine Risiken gibt, so die Abgeordneten. Diese fordern, dass Scanner auf Röntgenstrahlenbasis nicht zulässig sein und dass Ganzkörperbilder nicht aufgenommen werden sollten. Passagiere sollten das Recht haben, sich für eine andere Durchsuchungsmethode entscheiden zu können.

## Abgeordnete erwägen CO2-Verringerungen um mehr als 20 %..... 18

Das Plenum wird über einen Bericht des Umweltausschusses abstimmen, in dem dieser eine ehrgeizigere EU-Klimapolitik fordert. Die CO2-Emissionen sollen bis 2020 um 30 % verringert werden, anstelle wie bisher um 20 %. Einsparungen von 25 % allein innerhalb der EU könnten dazu beitragen, die EU-Wirtschaft zu modernisieren und sich positiv auf

# Plenartagung

sie auswirken, so im Resolutionsentwurf, über den das Plenum am Dienstag abstimmen wird.

## **BSE/TSE: EU muss strenge Kontrollen beibehalten**..... 19

Der deutliche Rückgang der BSE-Fälle in der EU darf nicht zu einer Aufweichung der strengen Kontroll- und Überwachungsmechanismen führen, so die Abgeordneten des Umweltausschusses. In dem nun dem Plenum vorgelegten Bericht unterstreichen sie, dass etwaige Änderungen der bestehenden Rechtsvorschriften ein hohes Maß an Tiergesundheit und öffentlicher Gesundheit gewährleisten müssen.

## **Frauenquote in der Wirtschaft gefordert**..... 20

Sollten freiwillige Maßnahmen nicht greifen, bedürfte es eines EU-Gesetzes um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, heißt es in einem Resolutionsentwurf des Frauenausschusses. Durch eine Frauenquote soll der gegenwärtige Anteil an Frauen, die lediglich 10 % der Vorstands- und 3 % der Aufsichtsratsvorsitzenden der größten börsennotierten Unternehmen ausmachen, bis 2015 auf 30 % und bis 2020 auf 40 % angehoben werden.

## **Schengen: Pläne zur temporären Wiedereinführung der Grenzkontrollen debattiert** 21

Das Parlament wird auf die Forderung des Europäischen Rates nach Einführung einer Schutzklausel in die Schengen-Regeln reagieren, wonach ausnahmsweise Kontrollen an den Binnengrenzen wieder eingeführt werden können, in einer "wirklich kritischen Situation", wenn ein Mitgliedstaat wegen hohem Migrationsdruck an den Außengrenzen nicht mehr in der Lage ist, seine Verpflichtungen einzuhalten.

## **Weitere Punkte auf der Tagesordnung**..... 22

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302  
STR: (+33) 3 881 73780  
PORT: (+32) 498 98 35 50  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141  
STR: (+33) 3 881 73603  
PORT: (+32) 498 98 33 32  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009  
STR: (+33) 3 881 74005  
PORT: (+32) 498 98 13 37  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Berlin) :**  
Jens POTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025  
PORT: (+49) 151 17 257 196  
EMAIL: [jens.potharst@europarl.europa.eu](mailto:jens.potharst@europarl.europa.eu)  
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

**Pressedienst (Wien) :**  
Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646  
PORT: (+43) 676 55 03 126  
EMAIL: [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)  
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

# Plenartagung

## Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

# Plenartagung

## Lebensmittelverpackungen: Abstimmung über neue und klarere Regeln zur Kennzeichnung

**Der Energiegehalt sowie die Mengen an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz müssen in Zukunft deutlich sichtbar auf Lebensmittelverpackungen angegeben werden, sollte das Parlament nächsten Mittwoch einem Kompromisstext zur neuen Lebensmittelkennzeichnung zustimmen. Durch die neuen Regeln soll der Verbraucher besser informiert werden, und somit gesündere Entscheidungen beim Kauf von Lebensmitteln treffen können.**

Der von den Verhandlungsteams des EP unter der Führung der Berichterstatterin Renate Sommer (EVP, DE) und des Rates ausgehandelte Kompromisstext wird am Dienstag im Plenum debattiert und am Mittwoch abgestimmt. Die neuen Regeln sollen sicherstellen, dass die Etiketten besser lesbar werden. Somit wird es für die Verbraucher einfacher sein, beim Einkaufen die benötigten Informationen zu finden. Die neuen Regeln werden die Kennzeichnung von Lebensmitteln innerhalb der EU modernisieren, vereinfachen und klarer machen. Das neue Gesetz soll auch die Bürokratie für Hersteller und Betreiber von Lebensmittelunternehmen verringern.

Allergene müssen in den Zutatenlisten hervorgehoben werden, so dass die Verbraucher die Informationen auf den ersten Blick finden. Informationen über Allergene müssen auch für unverpackte Lebensmittel gegeben werden, so zum Beispiel für Lebensmittel in Restaurants oder in Kantinen.

Die Angabe des Herkunftslands soll für frisches Schweine-, Schaf-, Ziegen- Fleisch und Geflügel verpflichtend werden - heute ist dies nur für Rindfleisch Pflicht. Darüber hinaus werden die Verbraucher über die spezifischen Quelle von pflanzlichen Ölen informiert, beispielsweise Palmöl. Es wird strenge Regeln geben, um zu vermeiden, dass Verbraucher durch die Präsentation der Verpackung von Lebensmitteln in die Irre geführt werden. Zudem müssen Lebensmittelimitate gekennzeichnet werden.

*Eine Pressekonferenz der Berichterstatterin ist geplant für Mittwoch, den 6. Juli 2011, um 13.30 Uhr (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, 2. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von 6. Juni 2011](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(19.04-2011\)](#)
- [Pressemitteilung über die vorläufige Einigung \(22.06.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Hintergrundinformationen \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Renate SOMMER \(EVP, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

# Plenartagung

## Parlament entscheidet über Derivate, Leerverkäufe und Anlegerentschädigungssysteme

**Die Abgeordneten werden am Dienstag über drei Regulierungsvorschläge zum Handel mit Derivaten und zu Leerverkäufen sowie über eine Erhöhung der garantierten Entschädigung von Anlegern bei Betrug auf 100.000 Euro abstimmen. Die Unterstützung des Parlaments für die Vorschläge der Berichterstatter würde deren Rolle in den bevorstehenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten stärken.**

Es wird erwartet, dass eine große Mehrheit des Parlaments für die vom Wirtschafts- und Währungsschuss vor einigen Wochen angenommenen Berichte stimmen wird.

Der Entwurf einer Verordnung über außerbörslich gehandelte Derivate (over-the-counter-Derivate (OTC)), zentrale Clearing-Parteien (CCPs) und Transaktionsregister soll zu mehr Sicherheit, Transparenz und Stabilität auf dem OTC-Derivatemarkt führen. Dieser wurde 2009 auf ca. 425 Billionen Euro geschätzt. Informationen über die OTC-Derivate müssten einem "Transaktionsregister" gemeldet werden und für Aufsichtsbehörden zugänglich sein. OTC-Derivate müssten über zentrale Clearing-Parteien (CCPs) abgerechnet werden, wodurch Kreditrisiken von Gegenparteien, d.h. das Risiko, dass eine Partei den Vertrag nicht einhält, verringert würden. Eine wichtige Aufsichtsfunktion soll dabei der neuen "European Securities and Markets Authority" (ESMA) zukommen.

Im Rahmen der Gesetzgebung zur Anlegerentschädigung erhöht der eingebrachte Text den Schutz für private Investoren gegen betrügerische und säumige Investmentfirmen. Dies insbesondere dadurch, dass auch bei einer schlechten Beratung Ansprüche auf Entschädigung entstehen können. Auch soll die garantierte Entschädigung auf 100.000 Euro festgelegt werden, also doppelt so hoch wie ursprünglich von der Kommission vorgeschlagenen. Der Ausschuss schlägt auch vor, die für die Kapitalisierung der nationalen Entschädigungssysteme vorgesehene Zeit zu halbieren (5 statt 10 Jahre) und es lokalen Behörden und NGOs sowie Privatpersonen zu ermöglichen, Schadensersatzansprüche zu beantragen.

In Bezug auf Leerverkäufe und Aspekte im Zusammenhang mit Credit Default Swaps (CDS) haben sich die Positionen von Parlament und Mitgliedstaaten bereits angenähert. Der für nächsten Dienstag zur Abstimmung vorgelegte Text wird demnach Elemente umfassen, auf die man sich bereits geeinigt hat. Umstritten ist noch, wie weit ungedeckte Leerverkäufe und Einkäufe von CDS-Verträgen (Versicherung gegen Kreditausfall) erlaubt werden sollen, ohne im Besitz der entsprechenden Anleihen zu sein, auf denen der Kreditausfall stattfinden kann. Hier ist zu erwarten, dass die Entscheidung des Parlaments die Position des Wirtschaftsausschusses widerspiegeln wird.

*Debatte: Montag, 4. Juli 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister](#)
- [Berichtsentwurf über über Entschädigung der Anleger](#)
- [Berichtsentwurf über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps](#)
- [Pressemitteilung über OTC-Derivate von 24. Mai 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Pressemitteilung über Entschädigung der Anleger von 13. April 2011\(EN/FR\)](#)
- [Pressemitteilung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Werner LANGEN \(EVP, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Olle SCHMIDT \(ALDE, SE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Pascal CANFIN \(die Grünen/FEA, FR\)](#)

# Plenartagung

## Mitgliedstaaten sollen Anbau von GVO einschränken oder verbieten dürfen

**Die EU-Mitgliedsländer sollen das Recht haben, den Anbau genetisch veränderter Organismen (GVO) einzuschränken oder zu untersagen, so ein Gesetzesvorschlag, der dem EP zur Abstimmung vorliegt. Die Abgeordneten werden am Dienstag darüber entscheiden, ob sie der Empfehlung des Umweltausschusses folgen, der ein Verbot bzw. eine Einschränkung des Anbaus auch aus Umwelterwägungen vorgeschlagen hat, was laut dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag nicht möglich wäre.**

Auf diese Weise soll derartigen Entscheidungen eine sichere rechtliche Grundlage mit Blick auf internationale Handelsvereinbarungen gegeben werden.

Derzeit sind auf EU-Ebene zwei genetisch veränderte Anbaupflanzen zur Verwendung in der Landwirtschaft zugelassen: eine Maissorte sowie eine Kartoffel zur Produktion von Stärke. Nur wenige EU-Mitgliedsländer bauen diese GVO zu kommerziellen Zwecken an. Einige haben die "Schutzklausel" der geltenden Gesetzgebung in Anspruch genommen, um den Anbau zu untersagen.

Mit dem nun zur Abstimmung vorliegenden Gesetzestext soll die Entscheidung über Einschränkung oder Verbot des Anbaus von GVO auf die nationale Ebene zurückverlagert werden. Das grundsätzliche Zulassungsverfahren von GVO auf EU-Ebene bleibt davon jedoch unberührt. In einer kürzlich eingereichten Petition mit über 1 Million Unterschriften wird die EU aufgefordert, ein Moratorium für die Zulassung neuer GVO zu erlassen. Der Ministerrat wird seine Position nach dem Votum des Parlaments festlegen.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von 20. April 2011 über GVO](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.04.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Corinne LEPAGE \(ALDE, FR\)](#)
- [Interview mit der Berichterstatterin](#)

# Plenartagung

## Schlupflöcher für Verkehrssünder grenzüberschreitend schließen

**Wer sich schwere Regelverstöße wie Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol am Steuer oder Überfahren einer roten Ampel in einem anderen EU-Mitgliedsland zuschulde kommen lässt, soll nicht länger ungestraft davon kommen. Die Abgeordneten verabschieden nächsten Mittwoch ein neues Gesetz zur verstärkten Zusammenarbeit der nationalen Straßenaufsichtsbehörden.**

Die neuen Vorschriften ermöglichen es der Verkehrspolizei in Zukunft, dank Auskunftspflicht der Zulassungsbehörden in anderen EU-Mitgliedsstaaten, Verkehrssünder auch in ihrem Heimatland weiterzuverfolgen.

### Parlament verlangt strenge Datenschutzauflagen

Die zuständige Heimatbehörde muss auf entsprechende Anfrage die Zulassungsdaten des betroffenen Fahrzeugs an die Schwesterbehörde im EU-Ausland weiterreichen. Der Fahrzeughalter oder -lenker erhält von den Behörden des Landes, in dem die Übertretung stattgefunden hat, eine persönliche, eingeschriebene Mitteilung über den Regelverstoß und die vorgesehene Strafe. Die Sanktionen entsprechen den Vorschriften des Landes, in dem die Übertretung begangen wurde. Strikte Datenschutzbestimmungen müssen jedoch sicherstellen, dass die übermittelten persönlichen Daten zu keinem anderen Zweck verwendet und nach Abschluss des Verfahrens gelöscht werden.

### Welche Verstöße werden geahndet?

Die Richtlinie soll bei folgenden Übertretungen zum Tragen kommen: Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol oder Drogen am Steuer, Nichtanlegen des Sicherheitsgurts, unerlaubte Verwendung von Handys oder anderen elektronischen Kommunikationsgeräten, Fahren auf Busspuren und anderen verbotenen Fahrstreifen, Nichttragen des Helms (MOTORRAD) und Überfahren einer roten Ampel.

### Weitere Schritte

Nach erfolgreichen Verhandlungen des von Berichterstatterin Inés Ayala Sender (S&D, ES) geleiteten EP-Teams sollte einer Verabschiedung des mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromisses nichts mehr im Wege stehen. Die Richtlinie muss von den Mitgliedstaaten einstimmig angenommen werden, um in spätestens zwei Jahren in Kraft zu treten. Irland, das Vereinigte Königreich und Dänemark nehmen an dem System nicht teil, Irland und das Vereinigte Königreich könnten jedoch zu einem späteren Zeitpunkt beitreten (opt-in).

*Debatte: 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, 2. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von 31. Mai 2011](#)
- [Hintergrundinformationen \(EN/FR\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.05.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Inés AYALA SENDER \(S&D, ES\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Die EUCARIS System](#)
- [Webseite des Europäische Kommission Straßenverkehrssicherheit](#)
- [Wichtigste Verkehrsregeln pro EU-Land](#)

# Plenartagung

## Europawahl: EU-weite Listen für 25 Kandidaten?

Um die demokratische Legitimität des Europäischen Parlaments zu stärken, sollen Wähler ab 2014 zwei Stimmen erhalten: eine für EU-weite Kandidatenlisten und die andere für nationale Kandidaten. Über einen entsprechenden Vorschlag wird am Donnerstag im Plenum abgestimmt. Eine EU-weite Liste würde zusätzliche 25 Abgeordnete stellen, womit die Gesamtzahl auf 776 stiege.

EU-weite Listen sind eine der vom Berichterstatter Andrew Duff (ALDE, Vereinigtes Königreich) vorgeschlagenen Reformideen, um die demokratische Legitimität des Parlaments zu erhöhen. Weitere Optionen sind die Vorverlegung der Wahlen von Juni auf Mai, um danach mehr Zeit für die Wahl des Kommissionspräsidenten zu haben sowie Erleichterungen für im Ausland lebende EU-Bürger um zu wählen und gewählt zu werden.

Der Lissabon-Vertrag gibt den Abgeordneten das Recht, die Initiative zur Änderung seiner eigenen Zusammensetzung zu ergreifen. Einige der aktuellen Vorschläge würden Änderungen im EU-Vertrag benötigen, die wiederum eine Regierungskonferenz und die Ratifizierung durch alle 27 EU-Mitgliedstaaten erfordern. Der Akt von 1976 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament müsste zudem geändert und weitere Durchführungsvorschriften müssten geschaffen werden.

*Debatte: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 7. Juni 2011*

*Verfahren: Legislative Initiative*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von 28. April 2011](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(19.04.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Andrew DUFF \(ALDE, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Förderung der Regionen: Die Schaffung einer Zwischenkategorie teilt das Parlament

**Das Streben nach wirtschaftlichem, sozialen und territorialen Zusammenhalt durch Investitionen, die von der EU mitfinanziert werden, ist eine Erfolgsstory, die mehr denn je von der EU fortgeschrieben werden müsse, meint Markus Pieper (EVP, DE), Autor einer Entschließung zur „Strategie der Kohäsionspolitik nach 2013“. Das Parlament wird über notwendige Korrekturen für mehr Transparenz und Maximierung der Investitionen abstimmen.**

Um eine faire Verteilung zu erzielen zwischen Regionen, in denen es an grundlegenden Infrastrukturen mangelt und jenen, die unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise leiden, fordern zahlreiche Abgeordnete die Einrichtung einer Zwischenkategorie von geförderten Regionen mit 75-90 % des durchschnittlichen BIPs der EU. Obwohl die Debatte im Plenum offiziell abgeschlossen wurde, könnte die zwischenzeitig von der Kommission präsentierte Haushaltsvorschau 2014-2020 der Abstimmung eine neue Dynamik verleihen.

*Eine Pressekonferenz mit Markus Pieper ist für Dienstag, 5. Juli, um 15Uhr30 geplant.*

*Debatte: Donnerstag, 23. Juni 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Kohäsionspolitik nach 2013](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(27.05.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Markus PIEPER \(EVP, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

# Plenartagung

## Nach Ungarn erhält nun Polen die Ratspräsidentschaft der EU

**Am Mittwochmorgen wird Ministerpräsident Donald Tusk Polens Prioritäten im Bezug auf die anstehende Ratspräsidentschaft darstellen. Schwerpunkt der polnischen Ratspräsidentschaft ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU und der politischen Kraft der Gemeinschaft. Ministerpräsident Orbán wird am Dienstag eine Bewertung der ungarischen Ratspräsidentschaft der EU vornehmen.**

Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich auf drei Hauptpunkte konzentrieren: „Die europäische Integration als Wachstumsquelle“, „Sicheres Europa“ und „Europa, das von seiner Öffnung profitiert“.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011 (Ungarische Ratspräsidentschaft), Mittwoch, 6. Juli 2011 (Polnische Ratspräsidentschaft)*

*Verfahren: Stellungnahmen des Rats und der Kommission*

### Weitere Informationen:

- [Webseite der polnischen Ratspräsidentschaft](#)
- [Webseite der ungarischen Ratspräsidentschaft](#)

# Plenartagung

## Parlamentsdebatte über Finanzvorschau 2014-2020

Die Fraktionschefs werden über den jüngsten Vorschlag der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen und ein neues System von Eigenmitteln diskutieren. Kommissionspräsident Barroso und der für Haushaltsfragen zuständige Kommissar Lewandowski werden sich am Dienstag, den 5. Juli, ab 15 Uhr der Debatte im Plenum stellen. Der Konferenz der Präsidenten des Parlaments wurde der Vorschlag am frühen Abend des 29. Juni vorgestellt.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Verfahren: Stellungnahme der Kommission*

### Weitere Informationen:

- [Kommissionsvorschlag zu MFR und Eigenmittel](#)
- [Initiativbericht des Parlaments über künftige Ausrichtungen des MFR](#)
- [Pressemitteilung nach Annahme des Berichts von Salvador Garriga \(EVP, ES\)](#)

# Plenartagung

## Voraussichtliche Rückzahlung von 923 Mio. € an Deutschland und 104 Mio. € an Österreich

Das Parlament wird am Dienstag über einen Vorschlag zur Senkung des deutschen sowie österreichischen Beitrags zum diesjährigen Haushalt um 923 Mio. bzw. 104 Mio. € abstimmen. Die an alle Mitgliedsstaaten zurückzuzahlende Gesamtsumme beträgt 4,54 Mrd. €. Dieses Geld ist der Überschuss des Geschäftsjahres 2010. Davon sind 2,72 Mrd. € Überschüsse aus Programmen, die in 2010 umgesetzt wurden. Der Rest setzt sich aus Geldstrafen, Verzugszinsen und Überschüssen aus Wechselkursänderungen zusammen.

*Abstimmung: Dienstag, 5. Juli 2011*  
*Verfahren: Haushalt*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von Sidonia Elżbieta JĘDRZEJEWSKA \(EVP, PL\) \(07.06.2011\) \(EN\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(15.06.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sidonia Elżbieta JĘDRZEJEWSKA \(EVP, PL\)](#)

# Plenartagung

## Fluggastdaten: Stand der Verhandlungen mit Australien, Kanada und USA

**Die Kommission wird über den Stand der Verhandlungen mit Australien, den USA und Kanada bezüglich der Weitergabe von Fluggastdaten berichten. Fragen der Abgeordneten beziehen sich auf den Fortschritt der Verhandlungen zwischen der EU und den USA sowie die Konsequenzen, die die Kommission aus der Stellungnahme des eigenen juristischen Dienstes zieht. In dieser wird die Rechtmäßigkeit eines Vertragsentwurfs mit den USA in Frage gestellt, der im Mai an die Presse durchsickerte.**

Grundlage der Diskussion ist eine mündliche Anfrage der Fraktionen EVP, S&D, ALDE, Grüne/EFA, EKR und VEL/NGL.

*Debatte: Montag, 4. Juli 2011*

*Abstimmung: keine EntschlieÙung*

*Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission (ohne Resolution)*

# Plenartagung

## Arabischer Frühling: Diskussion über Entwicklungen in Syrien, Nordafrika und im Jemen

Die sich verschlechternde Situation im Jemen, in Syrien und Bahrain sowie in der arabischen Region und in Nordafrika sind Schlüsselthemen einer Diskussion mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Die Hohe Vertreterin Ashton wird zudem Auskunft über die Situation in Berg-Karabach und über die Vorbereitungen der Russischen Wahlen im Dezember geben. Über entsprechende Resolutionen wird am Donnerstag abgestimmt.

Das Plenum wird auch über eine von Véronique de Keyser (S&D, Belgien) verfasste Entschließung über die Außenpolitiken der EU und die Demokratisierung abstimmen.

*Debatte: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 7. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Entschlüsse*

### Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Plenum über Resolutionen zu Syrien, Bahrain und Jemen \(7.04.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Véronique DE KEYSER \(S&D, BE\)](#)

# Plenartagung

## "Mehr Europa" im Kampf gegen die Krise, fordert der EP-Sonderausschuss

**Politische Entscheidungen und Investitionen zugunsten grenzüberschreitender Projekte im Energie- und Verkehrsbereich von nationaler auf EU-Ebene zu übertragen, würde substantielle Einsparungen und einen rentableren Einsatz der Mittel bewirken. Zudem könnten damit dringend notwendige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der EU gesetzt werden, heißt es im Schlussbericht des parlamentarischen Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS).**

Die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und die Stärkung einer umweltfreundlichen, wissensbasierten Wirtschaft gehören zu den wichtigsten Themenbereichen, die im CRIS-Schlussbericht von Pervenche Berès (S&D, Frankreich) angesprochen werden. Im Zentrum des Berichts stehen Empfehlungen zur Vermeidung künftiger Wirtschaftskrisen und eine langfristige politische Vision für ein europäisches Wachstumsmodell.

Ein europäischer "New Deal" soll laut CRIS-Bericht zu Innovationen anspornen und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung im Sinne nachhaltigen Wachstums ermöglichen. Gleichzeitig muss die EU ihre politische und wirtschaftliche Integration vor allem in grenzüberschreitenden Bereichen wie der Energie-, Verkehrs- und Außenpolitik vertiefen, da in diesen Bereichen ein starker europäischer Mehrwert zu erzielen ist. Mit dieser politischen Neuorientierung sollte nach 2020 eine Erhöhung des Haushalts auf 5-10% des BIP der EU einhergehen, der aus Eigenmitteln zu finanzieren ist. Entsprechende Steuersenkungen auf nationaler Ebene sollen EU-Bürgern Steuerneutralität sichern.

Der Sonderausschuss schlägt außerdem eine stärkere Koordinierung der nationalen Steuerpolitik sowie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung, ein europäisches "Schatzministerium" sowie eine Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in eine EU-Anleihenagentur vor. Die Kommission wird aufgerufen, Möglichkeiten zur Schaffung eines Eurobonds-Systems zur Reduzierung der Staatsverschuldungen auszuloten. Im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass Einkünfte aus einer Finanztransaktionssteuer verwendet werden könnten, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu finanzieren und den Verpflichtungen und Herausforderungen des Klimawandels nachzukommen.

*Debatte: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative EntschlieÙung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Finanz, Wirtschafts- und Sozialkrise von 15. Juni 2011](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(30.05.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Pervenche BERÈS \(S&D, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Strenge Sicherheitsvorkehrungen für "Nacktscanner" an Flughäfen

**Der Schutz der Gesundheit von Fluggästen, deren Würde und Privatsphäre stehen über dem Einsatz von Ganzkörperscannern an EU-Flughäfen, so ein Entschließungsentwurf. Eine Folgenabschätzung sollte zeigen, dass es keine Risiken gibt, so die Abgeordneten. Diese fordern, dass Scanner auf Röntgenstrahlenbasis nicht zulässig sein und dass Ganzkörperbilder nicht aufgenommen werden sollten. Passagiere sollten das Recht haben, sich für eine andere Durchsuchungsmethode entscheiden zu können.**

Im Resolutionsentwurf wird auch eine bessere Kontrolle von Luftfracht, insbesondere aus Drittländern, und vor allem, wenn sie mittels Passagierflugzeugen transportiert wurden, gefordert.

Die Abstimmung am nächsten Mittwoch erfolgt noch vor der Entscheidung der Kommission, darüber dass die Mitgliedstaaten entscheiden können, Ganzkörper-Scanner auf Flughäfen einzusetzen. Das Parlament ist in der Lage, die Entscheidung der Kommission innerhalb von drei Monaten zu kippen. Zwischenzeitlich haben bereits einige Mitgliedstaaten wie Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Italien, Frankreich und Finnland Ganzkörperscanner getestet.

Die Abgeordneten pochen darauf, dass das Verbot der Mitnahme von Flüssigkeiten im Handgepäck in Flugzeugen 2013 aufgehoben werden sollte. Eine diesbezügliche Debatte findet am Dienstag nach einer Stellungnahme der Kommission statt.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Entschließung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf - Sicherheit der Luftfahrt unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsscannern](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Luis de GRANDES PASCUAL \(EVP, ES\)](#)

# Plenartagung

## Abgeordnete erwägen CO2-Verringerungen um mehr als 20 %

Das Plenum wird über einen Bericht des Umweltausschusses abstimmen, in dem dieser eine ehrgeizigere EU-Klimapolitik fordert. Die CO2-Emissionen sollen bis 2020 um 30 % verringert werden, anstelle wie bisher um 20 %. Einsparungen von 25 % allein innerhalb der EU könnten dazu beitragen, die EU-Wirtschaft zu modernisieren und sich positiv auf sie auswirken, so im Resolutionsentwurf, über den das Plenum am Dienstag abstimmen wird.

*Debatte: Mittwoch, 22. Juni 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative EntschlieÙung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf - Treibhausgasemissionen und Risiken der Verlagerung von CO2-Emissionen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.05.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Bas EICKHOUT \(Die Grünen/FEA, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## BSE/TSE: EU muss strenge Kontrollen beibehalten

**Der deutliche Rückgang der BSE-Fälle in der EU darf nicht zu einer Aufweichung der strengen Kontroll- und Überwachungsmechanismen führen, so die Abgeordneten des Umweltausschusses. In dem nun dem Plenum vorgelegten Bericht unterstreichen sie, dass etwaige Änderungen der bestehenden Rechtsvorschriften ein hohes Maß an Tiergesundheit und öffentlicher Gesundheit gewährleisten müssen.**

In dem nicht-legislativen Bericht von Dagmar Roth-Behrendt (S&D, DE) stimmen die Abgeordneten - vor allem angesichts des in der EU bestehenden Proteindefizits - der von der Kommission in die Diskussion eingebrachten Möglichkeit einer schrittweisen Aufhebung des Verbots der Verfütterung von verarbeiteten tierischen Proteinen an Nichtwiederkäuer zu, vorausgesetzt, dass dies nur auf Nicht-Pflanzenfresser gilt und weitere strenge Bedingungen und Garantien eingehalten werden.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf von 26. Mai 2011](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstellerin Dagmar ROTH-BEHRENDT \(S&D, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Frauenquote in der Wirtschaft gefordert

Sollten freiwillige Maßnahmen nicht greifen, bedürfe es eines EU-Gesetzes um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, heißt es in einem Resolutionsentwurf des Frauenausschusses. Durch eine Frauenquote soll der gegenwärtige Anteil an Frauen, die lediglich 10 % der Vorstands- und 3 % der Aufsichtsratsvorsitzenden der größten börsennotierten Unternehmen ausmachen, bis 2015 auf 30 % und bis 2020 auf 40 % angehoben werden.

*Debatte: Dienstag, 5. Juli 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.05.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Rodi KRATSA-TSAGAROPOULOU \(EVP, EL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Schengen: Pläne zur temporären Wiedereinführung der Grenzkontrollen debattiert

**Das Parlament wird auf die Forderung des Europäischen Rates nach Einführung einer Schutzklausel in die Schengen-Regeln reagieren, wonach ausnahmsweise Kontrollen an den Binnengrenzen wieder eingeführt werden können, in einer "wirklich kritischen Situation", wenn ein Mitgliedstaat wegen hohem Migrationsdruck an den Außengrenzen nicht mehr in der Lage ist, seine Verpflichtungen einzuhalten.**

Kommissarin Cecilia Malmström wird die Abgeordneten am Mittwoch um 09.00 Uhr darüber aufklären, wie ein solcher Mechanismus funktionieren würde. Ein Vorschlag ist für September geplant.

Die Abgeordneten verfolgen sehr genau die Pläne zur Reform der Schengen-Regeln. Einige haben sich sehr kritisch über die geplante Schutzklausel für die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen geäußert.

Das Parlament wird eine Resolution am Donnerstag abstimmen.

*Debatte: Mittwoch, 6. Juli 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 7. Juli 2011*

*Verfahren: Erklärung der Kommission (mit EntschlieÙung)*

### Weitere Informationen:

- [Entwurf des Kompromisstexts](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Carlos COELHO \(EVP, PT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Weitere Punkte auf der Tagesordnung

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit:

- DR Kongo: Massenvergewaltigungen in der Provinz Süd-Kivu
- Indonesien, unter anderem Übergriffe auf Minderheiten
- Indien, insbesondere das Todesurteil gegen Davinder Pal Singh

Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht

Bericht: Carlos Coelho

Universaldienst und Notrufnummer „112“

Bericht: Sylvana Rapti

Mehr Effizienz und Fairness auf dem Einzelhandelsmarkt

Bericht: Anna Maria Corazza Bildt

EU-Budgethilfe an Entwicklungsländer

Bericht: Charles Goerens

Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach

Bericht: Francisco Sosa Wagner

Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse

Bericht: Proinsias De Rossa

Wirkung der EU-Entwicklungspolitik

Bericht: Filip Kaczmarek

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten in den Jahren 2009 und 2010

Bericht: Heidi Hautala